

Haushaltsrede 2019 (Es gilt das gesprochene Wort)

Substanzerhalt und Zukunftsperspektiven

Sehr geehrte Damen und Herren,

„die Sau wird vom Wiegen nicht fetter!“ Das war zumindest bisher ein landwirtschaftliches Naturgesetz. Bestimmt arbeitet man in Berlin und Stuttgart bereits an einem Algorithmus, der diese Regel außer Kraft setzen kann. Bis zum Gelingen sollten wir jedoch zur Kenntnis nehmen, dass unser sensationeller 10-jähriger wirtschaftlicher Aufschwung in Deutschland nun wohl seinen Zenit erreicht hat.

Mit 5 Broten und 2 Fischen mehr als 5.000 Menschen speisen zu können – Nein! Das war noch kein Algorithmus, sondern ein biblisches Wunder. Wenn ich daheim mehr Stücke vom selben Kuchen abschneide, wird jedes davon kleiner. Da beißt die Maus keinen Faden ab; nix da mit wundersamer Brotvermehrung. Aber eben schlichte Mathematik.

Unsere Demokratie mit dem Prinzip zu Bürgerpflicht und Eigenverantwortung hat sich über die Jahrzehnte zur Servicegesellschaft entwickelt. Das ist neoliberal und weit weg von der Ursprungsidee einer Genossenschaft mit Verantwortung des Einzelnen auch zugunsten der Allgemeinheit. Das sind offenbar die Schattenseiten eines Wohlstands. Genauso wie die überbordende Bürokratie mit einem Heer von Staatsdienern, von denen viele nur noch die Vorschrift und nicht mehr deren Wirkung im Blick haben. Da bricht er manchmal durch – der deutsche Michel.

Steve Jobs würde mit seinem startup heute in Deutschland jedenfalls sofort eine Nutzungsuntersagung für die Zweckentfremdung seiner Grenzgarage ins Haus flattern. Das ist mal sicher. Bei uns wäre dieser Apfel gleich im Keim erstickt.

Neue Versprechen, die zwar populär, aber nicht bezahlbar sind, sollte auch die Opposition im Land unterlassen, wenn die Politik im Allgemeinen wie im Besonderen ohnehin in einer dicken Vertrauenskrise steckt. 700 Mio. pro Jahr für gebührenfreie KITAS im

Land! Volksbegehren! Dieses Versprechen ist zwar mundgerecht, aber unredlich, unbezahlbar und im Übrigen ebenso unsozial. Soll denn der Spitzenverdiener etwa genauso nichts bezahlen wie die Alleinerziehende? Wer zahlt's dann? Am Ende wieder alle! Sinnvoller ist, den Kommunen für ihre Jahrhundertaufgabe Bildung und Betreuung endlich ausreichend Geld für Räume und Personal zu geben. Sonst schaffen wir das eben nicht. Sozial gestaffelte Gebühren haben wir schon! Qualität geht vor Beitragsfreiheit. Ich schließe mich dem Gemeindetag vollinhaltlich an. Und bitte einfach jetzt keine neuen Rechtsansprüche mehr oder abstruse Auflagen und Standards! Es reicht! Wir können uns das nicht mehr leisten. Hier ist wohl mittlerweile jegliches Augenmaß verloren gegangen! Bloß keinen Präzedenzfall schaffen – man könnte in die Verantwortung genommen werden! Selbst Ungleiches wird über einen Kamm geschoren. Berufsautomaten heißen diese Leute. Fragt man nett nach der Rechtsgrundlage, droht Liebesentzug. Das Imperium schlägt zurück.

In Dettingen investieren wir in 10 Jahren rd. 22 Mio. allein in Bildung und Sport. Das ist eine beachtliche Leistung. Außerdem haben wir ein strammes Tiefbauprogramm mittlerweile zu Höchstpreisen zu stemmen, bei dem zunehmend Mehrkosten für den Breitbandausbau obendrauf kommen. Egal was die Presse schreibt: Nein – die Kommunen haben dieses Thema gerade nicht verschlafen ... Sie sind auch gar nicht zuständig dafür, sondern der Bund. Der hat's verschlafen und der Markt hat kläglich versagt. Technisch sind wir in Deutschland auf dem Niveau von Rumänien, selbst Polen bezahlt fast nur noch bargeldlos! Jetzt müssen es eben wieder die Kommunen richten. Wieder mit eigenem Geld! Ein trauriges Bild für den Standort Deutschland! Das Dettinger Gewerbegebiet, um das nochmals deutlich und öffentlich zu sagen, ist bereits zu 100 % digital – wenn es denn auch gewünscht und beauftragt wird.

Die zweitwichtigste kommunale Steuer, die Grundsteuer, hängt am seidenen Faden. Der Bund hat es über Jahrzehnte verbummelt, eine neue, stabile Rechtsgrundlage dafür zu schaffen. Das war

unverantwortlich. Bis Ende des Jahres muss nun gehandelt werden. Wir müssen uns darauf verlassen können, dass uns diese Existenzgrundlage erhalten bleibt. Es ist 5 vor 12! Warum die Presse aber in dieser Situation Angst und Schrecken verbreitet und die Menschen damit verunsichert, es werde künftig für jeden massiv teurer, ist mir ein Rätsel. Das ist eine Lüge und im Übrigen ein sehr schlechtes Niveau. Hat man das nötig?

Die Fakten:

1. Die Kommunen sind an dem Dilemma nicht schuld.
2. Die Kommunen haben über die Höhe der Steuer immer selbst entschieden. Sie werden das auch künftig tun – fair und gerecht! Und sie wollen nur eine finanzneutrale Umstellung – aber bitte termin- und rechtssicher diesmal!

Zum Substanzerhalt gehören in Dettingen neben unserer öffentlichen Infrastruktur v. a. auch neue und lebenswichtige private Bausteine wie Apotheke, Rewe-Erweiterung, Drogeriemarkt, Praxisräume, Pflegeheim und Hotel mit Bankzentrale. Das sind aktuelle Meilensteine unserer Gemeindeentwicklung. Dieser

Erfolg ist das Ergebnis kompetenter und beharrlicher Arbeit auch gegen massive Widerstände von allen Seiten. Danke an mein Team für diese Energieleistung! Alle Kritiker von innen und außen sind verstummt, das ist ein stilles Lob und bestätigt die enorme Qualität unserer Arbeit, aber auch unser Durchsetzungsvermögen. Wir nutzen jede Chance und manches, was zunächst unmöglich schien, gelingt uns dennoch. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Vor 4 Jahren haben wir auf die Doppik umgestellt. Die erste Prüfung durch die GPA fand bereits statt. Fazit: Gut gemacht Dettingen; alles in bester Ordnung. Danke an Herrn Neubauer und sein Team ... Das war ein Mammut-Projekt. Der Hälfte der BW-Kommunen steht dieser Umstieg noch bevor und 2020 ist bekanntlich Deadline.

Aber das ist nicht mehr unser Problem, vielmehr jedoch die künftigen Abschreibungen im neuen System, die unser Ergebnis jährlich künstlich um mehr als 1 Mio. verschlechtern werden. Da wird der bestraft, der sein Zeug in Schuss hält und jetzt investiert. Das muss man

nicht verstehen ... Nach alter Lesart erwirtschaften wir nämlich Überschüsse.

Unsere Projekte sind i. d. R. mehrjährig, insoweit erklärt sich der Haushalt 2019 wie von selbst und bildet genau das ab, was wir bereits beschlossen oder auf den Weg gebracht haben. Herr Neubauer wird Ihnen die wichtigsten Ansätze und Entwicklungen im Anschluss erläutern. Erwähnen möchte ich die Beschaffung eines neuen Löschfahrzeugs für unsere Feuerwehr, aber auch die geplante Kreditaufnahme von 1 Mio. sowie die dringend nötige personelle Erweiterung unseres Hausmeisterpools. Mehr geht nicht und so müssen wir die notwendigen Maßnahmen wie immer zeitlich flexibel handhaben. Wichtig ist mir aber, dass wir 2019 nun endlich die Beschlüsse fassen, was mit der Alten und der Schlössleschule nach dem Auszug der Grundschüler 2022 passieren soll. Die Sache ist schon geraume Zeit entscheidungsreif und die Betroffenen erwarten nun ein klares Signal! Wir sollten diese Vorlaufzeit sinnvoll nutzen. Die Uhr tickt ...

Im Mai ist Kommunalwahl. Es wird geplante, aber sicher auch ungeplante Veränderungen im Gemeinderat geben. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Kandidatensuche und stehe Interessierten sehr gerne für Gespräche zur Verfügung. Es ist überaus lohnend, sich für Dettingen zu engagieren in einer sehr spannenden Zeit mit tollen Projekten. Ihnen allen danke ich für Ihre wichtige engagierte Arbeit, die uns trotz mancher Auseinandersetzung am Ende immer einen Schritt nach vorne bringt. Beeindruckend war für mich aktuell der enge Zusammenhalt im Gemeinderat beim Thema Wohnbauflächen; das war ein wichtiges Signal in Sachen Gemeinwohl! Unser Ehrenamt kann sich überhaupt sehen lassen; zuletzt kamen 450 Freiwillige zum geselligen Abend. Ein kleiner Lohn für die anstrengende, aber wichtige Arbeit. Danke dafür. Jetzt muss so langsam aber die nächste Generation ran, in vielen Vereinen ...Das wird eine große Herausforderung!

Wohnraum für Flüchtlinge bereitzustellen, ist für alle Kommunen seit einigen Jahren eine neue und sehr schwierige Aufgabe – und zwar zu einer Zeit, in der viele unserer Mitbürger*Innen ebenfalls händeringend nach

bezahlbaren Wohnungen suchen. Wir haben die Unterbringung, glaube ich, sehr gut und wohlüberlegt gemeistert. Während anderenorts Millionen investiert werden müssen (kommunales Geld), haben wir durch geschickte Verhandlungen erreicht, dass bei uns dort eine Null steht. Wir haben das über Mietverhältnisse regeln können. Sonst würde dieses Geld woanders am Kuchen fehlen. Das war eine beachtliche Managementleistung, die hohe Akzeptanz erfährt. Besonderen Dank sage ich hierbei Herrn Neubauer, der das strategisch klug fast alles im Alleingang vorhergesehen und bewältigt hat.

Die wichtigste aller Zukunftsfragen ist für mich die der „Sozialen Gerechtigkeit“. Während diejenigen, die schon alles haben, auf der Wolke der Selbstverwirklichung schweben, kämpfen andere tagtäglich um nicht weniger als um die Befriedigung ihrer einfachsten Bedürfnisse. Protest, Aggression und Politikverdrossenheit ist die Folge. Menschen gehen auf die Straße. Schaffen wir das? Die Politik scheint wie gelähmt in der Analyse zu verharren. Ich halte das für sehr gefährlich. Es droht die Spaltung, ja sie hat vielerorts bereits begonnen.

Ist bezahlbares Wohnen nicht auch ein Menschenrecht?
Die Landesregierung hat eine Studie in Auftrag gegeben. Ergebnis: bis 2025 braucht es eine halbe Million neuer Wohnungen – im ganzen Land, nicht nur in Stuttgart. Demographieumkehr, Zuwanderung aus der EU und Flüchtlinge aus aller Welt haben dafür gesorgt, dass wir im Land nicht wie prophezeit weniger, sondern deutlich mehr werden. Für mich persönlich ist das keine Überraschung. Bereits jetzt gibt es eine massive Verknappung und eine große Not am Markt. Die Preise gehen durch die Decke und für weite Kreise der Bevölkerung wird Wohnen bald zum Luxus. Und Wohnraum für die Fachkräfte von morgen? Fehlanzeige.

So sehr man sich in Stuttgart ideologisch auch bemüht, die Wirklichkeit kann man doch nicht außer Kraft setzen. „Ohne baureife Flächen kein neuer Wohnraum“, das ist die erneute Botschaft der Jahrespressekonferenz des Gemeindetags Baden-Württemberg von vergangener Woche. Und sie ist richtig! Wenn mehr Esser kommen, muss der Kuchen größer werden, sonst reicht es nicht für alle. Die Städte sind voll und unbezahlbar. Die

Kommunen brauchen ihre volle Planungshoheit zurück und müssen endlich wieder in die Lage versetzt werden, die notwendigen Flächen bereitzustellen. In erster Linie jedenfalls im Verdichtungsraum der Region Stuttgart, wozu bekanntlich auch wir zählen. Die Wirtschaftsministerin bestätigt unsere Position: „Es fehlt nicht am Geld, sondern an Flächen“ (Zitat). Deshalb war ich dort zum Gespräch. Wir würden gerne ... wir dürfen aber bisher noch nicht! Stünde „Kirchheim“ auf unserem Ortsschild, würde alles gehen, bei „Dettingen“ aber nicht; selbst wenn sonst alles gleich wäre. Autobahn und Schienenanschluss, Infrastruktur, Arbeitsplätze, Wachstum. Verstehen Sie das? Wir sind zwar Eigenentwickler – aber keine Eigenbrötler!

Die Welt wächst derzeit jährlich um 80. Mio. Menschen! Das ist 1 x Deutschland – Wahnsinn! Und Dettingen? 13,75 genau! Pro Jahr. Mehr dürfen es bitte nicht sein! Aber nur Dettinger. Der junge Mann, der in Dettingen aufgewachsen ist und nach seinem Studium wieder hier eine Familie gründen und sesshaft werden möchte, hat die „Dettinger Staatsbürgerschaft“ verloren und gilt bereits als Auswärtiger. Keine Chance. Wer hier arbeitet

und deshalb hier wohnen möchte – ökologisch sinnvoll – auch keine Chance. Hier ist doch etwas faul im Staate „Region Stuttgart“. Wo bitte bleibt der Aufschrei?

Die Stadt Laichingen auf der Alb hat gerade 55 Bauplätze verkauft, der Schultes sagt im Fernsehen voller Stolz, die Hälfte davon an Auswärtige, die freuen sich schon auf den neuen Bahnhof an der ICE-Strecke. Daneben gibt's dort 50 ha neue Gewerbefläche genehmigt. Wie kann das sein? Ach ja ... ist nicht die Region Stuttgart, na dann ... Auf der Alb freut man sich offenbar noch über Arbeitsplätze, bei uns stören sie, weil sie Fläche fressen und Verkehr produzieren. Das grenzt schon an Hochmut!

Die Grünen haben jetzt auf dem Parteitag beschlossen, es soll nur noch Innenentwicklung geben, und zwar vertikal. Was heißt das? Ganz einfach: alle ihre Nachbarn setzen demnächst noch ein Geschoss drauf. Viel Vergnügen in allen Bestandsgebieten! Einfamilienhäuser soll es am besten gar nicht mehr geben! Im Neubaugebiet aber keinesfalls. Mit Verlaub - das hat schon sozialistische Züge.

Ist es im Übrigen sozial gerecht, wenn diejenigen, die schon eine schöne Wohnung haben, über die Chancen derjenigen entscheiden, die eine suchen? Dafür hat die Landesregierung extra die Hürden eines Bürgerentscheids gesenkt. Möchten Sie denn neue Nachbarn, die Ihnen die Aussicht nehmen und Verkehr produzieren? Natürlich nicht, und schließlich ist ja schon genügend Fläche versiegelt. Aber wie steht es mit der Akzeptanz bei Verdichtung im Inneren? Tendenziell ebenso. „Muss denn wirklich jedes Grün zugebaut werden?“ Und wie? „1 Geschoss höher als ich selbst damals durfte? Auf keinen Fall und wo parken die?“ Wo ist denn die Lobby der Schwachen und Suchenden in dieser entscheidenden Phase, wenn es um unser aller Zukunft geht? Diese Entwicklung zur Ellbogengesellschaft macht mir Sorgen.

Natürlich haben wir heutzutage als Entscheidungsträger ein hohes Maß an ökologischer Verantwortung. Diese nehmen wir auch sehr ernst und wahr. Unsere Ökobilanz kann sich sehen lassen!

Aber haben wir nicht gleichermaßen eine soziale Verantwortung für die künftigen Generationen, dass sie bei uns wohnen, einen Hausstand gründen, arbeiten und auf alle Dinge des täglichen Bedarfs zurückgreifen können ? Wer die Diskussion vergiftet durch ein „entweder – oder“, spaltet die Gesellschaft. Ein „sowohl als auch“ mit Augenmaß ist das Rezept der Stunde. Wir brauchen eine Zukunftsperspektive für Wachstum, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit, auch in Dettingen. Ohne Wertschöpfung keine öffentlichen Einrichtungen – so funktioniert unser System. Wer politische Verantwortung in unserem Land trägt, hat darauf seinen Eid geschworen! Chancen nutzen, nicht nehmen!

Ich appelliere deshalb erneut an die Landesregierung, ihren Kommunen und insbesondere uns in Dettingen die ursprünglich vorhandene Planungshoheit zur Flächenausweisung wieder zurückzugeben, damit wir unsere gute und erfolgreiche Arbeit fortsetzen können – zum Wohl aller unserer Einwohner und gleichermaßen in ökologischer sowie in sozialer Verantwortung.

Die Änderung der Gemeindeordnung durch die Landesregierung war ein großer Fehler und muss korrigiert werden. Für die breite Akzeptanz kommunalpolitischer Entscheidung braucht es Gemeinderäte, die in die Lage versetzt werden, dem Gemeinwohl vor Ort Geltung zu verschaffen. Die Summe von Einzelinteressen Betroffener, die unser System ganz leicht als Verhinderungsdemokratie missbrauchen können, führt zu einem anderen – und falschen – Ergebnis. Dies habe ich dem Herrn Ministerpräsidenten in einem Brief geschrieben. Die Botschaft seiner Antwort war eindeutig: „Wir machen alles richtig – Kein Änderungsbedarf!“ Daran, meine Damen und Herren, habe nicht nur ich erhebliche Zweifel. Am Ende ist es, wie so oft, der Kampf zwischen Ideologie und Wirklichkeit. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam dafür eintreten, dass die Wirklichkeit wieder die Oberhand gewinnt.

Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind nach dem Gesetz das Hauptorgan der Gemeinde und für alle Zukunftsentscheidungen verantwortlich. Dieses System hat dazu geführt, dass BW bundesweit an der Spitze

liegt und Dettingen in vielen Dingen führend ist. Setzen Sie ein Zeichen für die kommunale Selbstverwaltung und gegen Bevormundung und Aushöhlung unserer ureigenen Rechte. Auch und gerade mit Ihrer Haushaltsrede!

2019 ist ein entscheidendes Jahr – in vielerlei Hinsicht. Neben unserer operativen Arbeit zum Substanzerhalt unserer Einrichtungen müssen wir den Blick also mehr denn je in die Zukunft richten und dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit in allen Belangen keine Worthülse bleibt. Dazu muss uns die Politik aber dringend (wieder) das nötige Rüstzeug an die Hand geben.

Kommunale Selbstverwaltung ist ein bewährtes Spitzenprodukt aus Baden-Württemberg. Sie basiert aber auf Vertrauen und Gestaltungsfreiheit. Manche sind gerade dabei, sie kaputtzumachen. Das dürfen wir nicht zulassen!

Vielen Dank.